

Oh, wie schön ist Panama – äh, Österreich

## Vierzehnmals Rente im Jahr

Von Wolfhard Besser

Wo gibt's denn so was?, wird der Eine oder Andere fragen. Ja, 14-mal im Jahr erhalten Pensionäre in Österreich, wie dort Rentner genannt werden, eine Rentenauszahlung. Seitdem 2016 diese österreichische Praxis die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Analyse publik machte und die Volkssolidarität sie als lobenswert erachtete, hat nun der DGB dieses Thema aufgegriffen. Es wird in den DGB-Einzelgewerkschaften und Rentenfachgruppen diskutiert und für Deutschland als machbar bewertet.

Wo liegen die Unterschiede in den Rentensystemen zwischen Deutschland und Österreich? Zunächst mal weichen wesentliche Teile ab durch Leistungsniveau, Mindestsicherung, gesetzliches Rentenalter, Versicherungskreis, Finanzierung und Rahmenrecht für die Betriebsrenten. Wie wir wissen, ist das deutsche Rentenrecht in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals reformiert worden, nicht immer zum Besseren. Auch in Österreich gab es Reformen, aber in eine andere Richtung. Dort wurde nicht auf Betriebs- und Privatrenten orientiert, also auf Kapitaldeckung, sondern ganz gezielt auf ein öffentliches System; dank der österreichischen Gewerkschaften, die massive Vorstöße der Unternehmer verhinderten. Somit kann durch das praktizierte österreichische Modell der Lebensstandard über eine gesetzliche Rente gesichert werden – auch für die künftigen Rentengenerationen, urteilt die *Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien*. Einbezogen wurden in dieses System Beamte und weitere Beschäftigtengruppen; weniger Wert gelegt wurde auf Betriebs- und Privatversicherung, wie das die deutsche Bundesregierung mit dem Drei-Säulen-Modell propagiert, sondern auf die Stärkung der gesetzlichen Rente.

Dass in Österreich die Renten höher ausfallen, resultiert daraus, dass die erworbenen Entgeltpunkte viel besser bewertet werden. Während dort eine wesentlich höhere Rentengutschrift erfolgt, können die erworbenen Entgeltpunkte auch höher bewertet werden. Erhält der so genannte Durchschnittsrentner in Deutschland gegenwärtig monatlich 1.050 Euro, sind es beim österreichischen 1.557 Euro, aber dies 14-mal im Jahr. Auch bei den Rentnerinnen besteht ein gewaltiger Unterschied: 590 Euro in Deutschland gegenüber 1.220 Euro in Österreich. Anders geregelt ist allerdings die Rentenanpassung. Sie richtet sich nach der Inflationsrate, nicht nach der Entwicklung der Bruttolöhne. Zudem gibt es in Österreich eine steuerfinanzierte Mindestsicherung. Bei einem niedrigen Rentenanspruch kann eine Ausgleichszulage gezahlt werden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Die beträgt bei Alleinstehenden 1000 Euro, bei Ehepaaren 1.334 Euro. Bei der Bedürftigkeitsprüfung erfolgt keine Anrechnung von Vermögenswerten.

Wie schon an anderer Stelle beschrieben, wurde bei mehreren Reformschritten in Österreich der Kreis der Versicherten auf fast alle Erwerbstätigen ausgedehnt, auch auf die Selbstständigen. Sondersysteme sind in das

Rentensystem eingegliedert. Die Finanzierung erfolgt, wie in Deutschland, im Umlageverfahren. Der Beitragssatz beträgt allerdings seit 1988 konstant 22,8 Prozent. Nicht paritätisch, 10,25 Prozent zahlen Arbeitnehmer, 12,55 Prozent die Arbeitgeber. Bei bestimmten Berufsgruppen liegt der Satz etwas niedriger und wird durch einen Bundeszuschuss subventioniert.

Zudem gibt es im Alpenland eine "Ausfallhaftung" des Staates. Er ist verpflichtet, bei Differenzen zwischen Beitragseinnahmen und Ausgaben, die Differenz auszugleichen. Das Betriebsrentenrecht sieht vor, dass der Arbeitgeber mindestens die Hälfte des Gesamtbetrages zur Betriebsrente beisteuert. Zudem beweist das erfolgreiche Rentensystem des Alpenlandes, dass mit dem zu zahlenden höheren Anteil der Arbeitgeber

in den Rentenfonds keineswegs die Wirtschaft zusammenbricht und die Konkurrenzfähigkeit sinkt. Diese und weitere Unterschiede in den beiden Rentensystemen sind in ausführlicher Form bei der Friedrich-Ebert-Stiftung nachzulesen.

Bleibt das Fazit: Vom DGB als Dachverband der acht Einzelgewerkschaften ist mehr Druck zu erwarten und zu fordern, dass das deutsche Rentensystem gründlich zu reformieren ist im Interesse künftiger Rentnergenerationen. Das österreichische Modell belegt, dass die gegenwärtige DGB-Kampagne "Rente muss reichen" keine utopischen Forderungen der Gewerkschaften aufstellt. Es ist machbar, sich an den österreichischen Regelungen zu orientieren.

→Vergleich der Rentensysteme



Foto: deesla

Zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse

### Ausweitung der Leiharbeit

Von Peter Asmussen

„Leiharbeiter für ganze vier Jahre“, lese ich in meiner Zeitung. 18 Monate maximale Verleihdauer wurden vergangenen Herbst gesetzlich festgelegt. Welche Gewerkschaft kommt auf die Idee, Leiharbeit trotzdem auszuweiten? Die IG Metall! Sie hat für die Metall- und Elektroindustrie eine Verleihdauer von 48 Monaten mit den Arbeitgebern vereinbart. Eine gesetzliche Öffnungsklausel macht es möglich. Man reibt sich die Augen: Ich habe gelernt, Gewerkschaft vertritt die Interessen abhängig Beschäftigter? Wessen Interessen werden mit diesem Abschluss verteten? „Wir sind viele, wir sind eins.“ (siehe Seite 7) Das DGB-Motto zum diesjährigen 1. Mai für die Tonne? „Wir sind viele, aber bitte mit deutlichen Unterschieden“, wäre in diesem Fall die realistischere Aussage.

## Pits Reflexionen

## Koalition, so oder so

Von Kurt Pittelkau

Die jetzige Koalition regiere an sozialen Problemen im Land vorbei, meint *DIE LINKE*. Die Probleme in Gesundheit und Pflege würden trotz vielfältiger gesetzlicher Aktivitäten nicht in ihrem Kern angegangen. Es herrsche weiterhin Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Über die Zusatzbeiträge würden die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen schon bald die Versicherten massiv belasten. „Die Bundesregierung unternimmt nichts gegen zunehmende soziale Spaltung, unzureichende soziale Absicherung und gesundheitliche Versorgung.“ So lautet eine Einschätzung der Linksfraktion im Bundestag, vorgebracht von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Leiterin des Arbeitskreises Soziales, Gesundheit, Rente, Sabine Zimmermann. Das erscheint übertrieben? Inzwischen ist manches geschehen?

Nun verlautet aus der Koalition Ähnliches – nicht von irgendwem! Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, getragen von regelrechter Wechselstimmung, erregt damit Aufmerksamkeit und gewinnt unerwartet starken Zuspruch für seine Partei. Was in den Umfragen auch auf Kosten der Linkspartei geht, wie *neues deutschland* registrierte. Martin Schulz setzt für den Wahlkampf den Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit.

Da zeigt sich Sahra Wagenknecht in der *Berliner Zeitung* „plötzlich offen für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten“. „Wenn die SPD ernsthaft eine sozialere Politik verfolgen will, wird es an uns nicht scheitern“, sagte sie dem *SPIEGEL* und fügte hinzu: Wenn eine Wiederherstellung (!) des Sozialstaates und eine friedliche Außenpolitik erreichbar seien, beteilige sich *DIE LINKE* gern an einer Regierung. Original Sarah Wagenknecht: „Dann halte ich eine Mitte-Links-Koalition für möglich.“



Karikatur: Klaus Stüttmann

So bahnt sich möglicherweise eine Koalition an, deren „Größe“ sich zu zeigen haben wird. Ihr Rang würde durch Aktivitäten aller Bündnispartner bestimmt, wobei ein Politikwechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit das gemeinsame Ziel sein müsse, Eigentümlichkeiten bei der Pflege „grüner Erbhöfe“, die „sexuelle Revolution“ vermittels gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zurückzustehen hätten. Allerdings wünscht sich der Vorsitzende der Partei *DIE LINKE*, Riexinger, vom SPD-Hoffnungsträger mehr „Konkretes“: „Wir können die Verpackung erkennen, aber den Inhalt der Verpackung noch nicht.“ Er begrüßt aber sehr, dass Schulz „einen Wahlkampf mit dem Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit führt und damit das richtige Thema in den Mittelpunkt stellt“.

## Gastkommentar

## Die Arbeitszeit sollte verkürzt werden

## 30 Stunden sind genug

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Die Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten sollen noch mehr flexibilisiert werden. Den Unternehmern reichen Gleitzeiten, flexible Arbeitszeitkonten, Überstunden ohne jede Bezahlung, Bereitschaftszeiten, Leih- und Teilzeit bis zu verkaufsoffenen Sonntagen sowie Ladenöffnungszeiten von 7.00 bis 22.00 Uhr an sechs Tagen in der Woche für ihre profitgetriebene Kapitalakkumulation noch nicht aus. Die Ware Arbeitskraft soll weitere Flexibilität für die Mehrwertproduktion bereitstellen. Man könnte auch von einer permanenten Verfügbarkeitsmachung der Lohnabhängigen im kapitalistischen „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) sprechen. Aber auch die abhängig Beschäftigten wünschen sich mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Jedoch aus ganz anderen Motiven: Sie erleben die heute vom neoliberalen Dogma aufgezwungene Arbeitszeitflexibilität als schwere Last und sehnen sich nach mehr selbstbestimmter Zeitsouveränität im Arbeitsprozess. Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar, zumal abhängige Arbeit im Kapitalismus immer fremdbestimmte Arbeit bleibt und das Kapital mit der größeren Macht ausgestattet ist. Dies gilt insbesondere bei vorliegender Mas-



Foto: Ulrich Zillmann

Heinz-J. Bontrup, Sachverständiger im Deutschen Bundestag und verschiedenen Landtagen, ebenso Mitverfasser und Herausgeber der jährlichen Memoranden der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« sowie deren Sprecher  
—Memorandum-Gruppe

senarbeitslosigkeit und einem millionenfach herbeigeführten Arbeitsprekariat. Wird der Lohnabhängige an den Arbeitsmärkten nicht von einem Unternehmer nachgefragt, so hat dieser ökonomisch keinen Wert und er ist auf eine gesellschaftliche Alimentierung angewiesen, die der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, jetzt durch einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes bei gleichzeitiger Qualifizierungsbereitschaft der Arbeitslosen verbessern will. Das ist sozial zwar lobenswert, ist aber nur ein symptomhaftes Linderungsmittel, das die Schmerzursache, nämlich die Arbeitslosigkeit, nicht beseitigt.

Dabei wäre es ganz einfach: Mit einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung, mit einer „Kurzen Vollzeit für Alle“, auf Basis einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich könnte die Massenarbeitslosigkeit beseitigt und außerdem jährlich der Gesellschaft rund 50 Milliarden Euro an fiskalischen Kosten für die Arbeitslosigkeit erspart werden. Und alle hätten am Ende mehr Zeit und wären den täglichen Mehrwertanforderungen und einer Fremdbestimmung durch das Kapital entrückt.

MONSANTO setzt sich über zentrale Übereinkommen der Vereinten Nationen hinweg

# „Stop BAYER/MONSANTO!“

Von Peter Asmussen

Der Leverkusener Multikonzern **BAYER** will seinen US-Konkurrenten **MONSANTO** schlucken. Mit der Übernahme würde sich **BAYER** einen weltweiten Marktanteil von über 90 Prozent der genmanipulierten Pflanzen sichern. Denn: „**MONSANTO** hat eine völlig neues Geschäftsmodell etabliert und marktfähig gemacht“, freut sich **BAYER**-Chef Werner Baumann.

Der multinationale US-Konzern zwingt der Landwirtschaft Lizenzverträge für Saatgut auf und bemüht sofort Gerichte, falls diese es dann wieder aussäen, ohne neue Lizenzgebühren zu zahlen. Und: Das von **BAYER** vertriebene Ackergift Glyphosat hält Baumann für ein „sehr gutes und auch erforschtes Herbizid von **MONSANTO**, das auch weiterhin seine Daseinsberechtigung haben wird“.

Die UN-Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichte im März 2015 eine Studie, in der das Herbizid in die Gruppe 2A eingestuft wurde. Diese Kategorie umfasst Substanzen,

die bei Tieren definitiv und bei Menschen höchstwahrscheinlich Krebs auslösen. Dazu eine Stellungnahme von Dr. Kurt Straif von der *International Agency for Research on Cancer* (IARC) in Lyon, einer Unterorganisation der WHO.

→Kurt Straif →IARC Lyon

Aber nicht nur die IARC, auch ein internationales Kollegium von fünf RichterInnen hatten während eines **MONSANTO**-Tribunals in Den Haag 28 Zeugen aus aller Welt angehört. Nach der Auswertung der Zeugenaussagen erstellten sie ein Rechtsgutachten. Darin hielten sie es für dringend erforderlich, Menschenrechte besser vor der Geschäftspolitik der Globalplayers zu schützen.

Auch hier stand das Glyphosat im Mittelpunkt der Kritik. Das Pestizid sei nicht nur für das Auslösen von Krankheiten, sondern auch für Vergiftung des Wassers und des Bodens verantwortlich. Der Hersteller

verstoße gegen UN-Leitprinzipien, wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Nahrung und das Recht auf saubere Umwelt. Durch das Votum des Tribunals gerät der **BAYER**-Konzern in Erklärungsnot. Die RichterInnen, so die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CGB), hätten in ihrem Rechtsgutachten nachgewiesen, dass sich das Unternehmen **MONSANTO** über zentrale Übereinkommen der Vereinten Nationen hinweggesetzt hätte. Und so etwas will **BAYER** schlucken und damit weltweit zur Nr. 1 unter den Chemie-Konzernen werden.

Unmittelbar nach dem **MONSANTO**-Tribunal erklärte **BAYER**, das Votum der Jury zu ignorieren. Axel Köhler-Schnura von der CGB wundert das nicht: „Angesichts des juristischen Gehalts des Votums kann **BAYER** gar nicht anders, als dem Tribunal die Legitimität abzuspüren. Der Konzern vertreibt nicht nur selber Glyphosat und andere vom Tribunal gezeißelte Produkte. Das Management bekennt sich noch dazu – aus reinen Profitgründen – offensiv zu den Geschäftspraktiken von **MONSANTO** inklusive der umstrittenen Knebelverträge für die LandwirInnen. Der Vorstand kann sich deshalb darauf gefasst machen: Wer das richterliche Gutachten nicht anerkennt, den wird es einholen. Zur Hauptversammlung der **BAYER**-Aktionäre, haben hunderte von KleinaktionärInnen der CGB bereits ihre Stimmrechte übertragen. Wir fordern aber weiterhin jeden Kleinaktionär und jede Kleinaktionärin auf, Widerstand zu zeigen und der CGB die Stimmrechte zu übertragen.“

Das internationale Netzwerk der CGB leistet seit 1978 Widerstand gegen einen der großen Konzerne der Welt und übt Solidarität mit den Opfern von Konzernverbrechen und Konzernwillkür. →Coordination gegen BAYER-Gefahren



Der Chemieriese **BAYER** – Im Bild das Werk Leverkusen – will seinen US-Konkurrenten **MONSANTO** schlucken

Foto: Coordination gegen BAYER-Gefahren

## Bündnis gegen BAYER/MONSANTO

Nach dem ersten Bündnistreffen unter dem Motto „Stop BAYER/Monsanto!“ im Bonner DGB-Haus, zu dem die ver.di-Jugend NRW-Süd und die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CGB) eingeladen hatten, verbreitert sich die Protestfront. Es waren bundesweite und internationale BäuerInnenverbände, Gewerkschaften, Initiativen, Parteien, Netzwerke, NGOs und Einzelpersonen vertreten, und die Liste wird jeden Tag länger.

„Wir haben uns darauf geeinigt, auch international alle an einem Strang zu ziehen, um der giftigen Hochzeit der multinationalen Megakonzerne die Show zu vermessen!“ sagt Axel Köhler-Schnura für die CGB. Die Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva, ruft nun auch mit auf zu den Protesten in Bonn: „**MONSANTO** und **BAYER** haben es auf der ganzen Welt darauf abgesehen, jedes Glied bei den Wertschöpfungsketten Nahrung und Gesundheit zu kontrollieren. Von herkömmlichem Saatgut über Pestizide bis zu Gentech besteht ihre Strategie in der Schaffung eines neuen multinationalen Megakonzerns. **BAYER** befragt seine AktionärInnen nicht einmal zur **MONSANTO**-Übernahme. Ich appelliere daher an die AktionärInnen, auf der Hauptversammlung den Gegenantrag der CGB zu unterstützen und Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten.“

Vor und in der **BAYER**-Aktionärsversammlung im Bonner World Conference Center selbst organisiert die CGB mit dem Bündnis „Stop BAYER/MONSANTO!“ vielfältige Proteste. Axel-Köhler Schnura dazu: „Die Übernahme des weltweit zurecht unpopulärsten Monopols **MONSANTO** durch den deutschen **BAYER**-Konzern gibt den Protesten, die wir schon seit 35 Jahren in und vor der Hauptversammlung organisieren, nochmals zusätzliche Bedeutung. Wir rufen alle kritischen AktionärInnen dazu auf, uns mit Spenden zu unterstützen, uns ihr Stimmrecht zu übertragen oder den Konzernverbrechen mit klaren Redebeiträgen eine Absage zu erteilen! Mit uns wird es kein stillschweigendes **MONSANTO**-Facelifting durch den **BAYER**-Konzern geben!“ qk/CGB

## Demonstration in Berlin

### „Stop BAYER/MONSANTO!“

## 29. April, 14:00 Uhr

Auftaktkundgebung Berlin, Petersburger Platz

Veranstalter: Initiative „Stop BAYER/MONSANTO!“



Foto: pekua

Ulrich Janßen, Vorsitzender der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und Vorsitzender des Bundesvorstands des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie wurde in der Nacht auf den 31. März 2017 in Berlin nach schwerer Krankheit im Alter von nur 61 Jahren aus dem Leben gerissen.

Wir trauern um einen Freund und Kollegen, einen engagierten Kämpfer für die Rechte und die gesellschaftliche Rolle und Verantwortung von Journalistinnen und Journalisten.

Uli Janßen ist für uns alle ein Vorbild als Gewerkschafter und Betriebsrat. Er war unermüdlich für seine Kolleginnen und Kollegen da, als Betriebsratsvorsitzender in seinem Verlag der Nordwest-Zeitung in Oldenburg, als Referent bei Schulungen, als inspirierender Gesprächspartner und Ratgeber für Medienschaffende in der gesamten Branche.

Sein Engagement im Betrieb führte ihn folgerichtig über Gewerkschaftsfunktionen auf Landesebene seit 2007 auch in den Bundesvorstand der dju in ver.di, deren Vorsitz er 2008 übernahm. Als Vorsitzender setzte er seine engagierte Mitarbeit in der Tarifkommission der dju in ver.di in verantwortlicher Position fort, begleitete bundesweit die notwendigen und oft harten tariflichen Arbeitskämpfe der Journalistinnen und Journalisten, war präsent, kollegial, aufmunternd, hilfreich und herzlich. Wir konnten mit ihm kämpfen, wir konnten mit ihm lachen und uns mit ihm auch über Themen jenseits der aktuellen ver.di-Politik austauschen: Persönlich, kulturell oder – für ihn als Sportredakteur besonders naheliegend – über Sport, möglichst einen mit Bällen.

Weit über den journalistischen Bereich hinaus galt sein Interesse und sein Engagement der politischen Gewerkschaftsarbeit in ver.di. Mit breiter Zustimmung hat er deshalb viele weitere Aufgaben übernommen. So wurde er 2015 zum Vorsitzenden des Bundesvorstandes des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie gewählt.

Ausgleichend, vermittelnd, verständnisvoll und ergebnisorientiert, hat er unterschiedliche Positionen aufgenommen und zu gemeinsamen Zielen zusammengeführt.

Wir trauern um ihn, mit seiner Lebensgefährtin, seiner Familie, seinen Freundinnen und Freunden, seinen Kolleginnen und Kollegen.

Der Platz an ihrer und unserer Seite ist leer, es bleibt eine unfassbare Lücke.

Er wird uns unendlich fehlen.

Berlin, 31. März 2017

Frank Werneke  
stellv. ver.di-Vorsitzender

Mumia Abu-Jamal, Journalist

## Gefangenschaft ohne Ende?

Von Anette Schiffmann

Wer möchte so ein Jubiläum feiern? Am 24. April 2017 wurde Mumia Abu-Jamal 63 Jahre alt. Es ist das 35. Mal, dass er seinen Geburtstag zwischen Beton und Stahltüren verbringen muss.

Wir erinnern uns: Der damals bereits preisgekrönte junge Journalist und dreifache Vater wurde am 9. Dezember 1981 nach einer Schießerei in Philadelphia verhaftet. Ein halbes Jahr später wurde Abu-Jamal in einem buchstäblich kurzen Prozess zum Tode verurteilt, für den Mord an dem Polizisten Daniel Faulkner, den er immer entschieden bestritten hat. In der Urteilsbegründung spielten Beweise keine Rolle, Abu-Jamals politische Gesinnung und ehemalige Mitgliedschaft bei der *Black Panther Party* hingegen umso mehr.

Eine ausdauernde, lebendige und vielfältige Unterstützungsbewegung und oft kostenlos arbeitende, engagierte Anwaltsteams konnten seine Hinrichtung zweimal verhindern. Anfang 2011 bestätigte das Oberste Gericht der USA, dass seine Verurteilung unrechtmäßig war. Das Todesurteil wurde in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt. Abu-Jamal bleibt in Haft.

Abu-Jamal schaffte es, auch im Gefängnis wieder zu schreiben. Mit über zehn Büchern und vielen hundert Kolumnen wurde er zur Stimme und zum Gesicht der Todesstrafe und eines barbarischen Gefängnisystems, in dem Rache und Profit wichtiger sind als Menschenrechte, Würde oder gar Resozialisierung.

Im März 2015 erkrankte Abu-Jamal schwer. Er magerte in kurzer Zeit dramatisch ab. Monate später wurde Hepatitis C diagnostiziert. Die Krankheit hat eine jahrzehntelange Inkubationszeit und verläuft unbehandelt tödlich. Allein in Pennsylvania leiden ca. 6000 Gefangene daran. Ihnen allen verweigert die Gefängnisbehörde die notwendige Behandlung, obwohl ein Medikament existiert, das eine ca. 85 prozentige Heilungsrate aufweist. Begründung: zu teuer. Die Pharmafirma, die das Medikament auf den Markt gebracht hat, verlangt pro Tablette 1000 Dollar. Eine Behandlung kostet mithin abenteuerliche 80.000 Dollar.

Das Urteil des Richters Mariani im Januar 2017 stellt selten eindeutig die Rechte der erkrankten Gefangenen über Profit- oder Sparinteressen und musste dennoch mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Behörde durchgesetzt werden. Seit Mitte April wird Abu-Jamal behandelt. Seine Leber, die noch im vergangenen Jahr völlig gesund war, ist jedoch mittlerweile bereits irreversibel geschädigt.

Mumia Abu-Jamal wird in den kommenden Wochen einen erneuten Anlauf unternehmen, seine Verurteilung von 1982 aufzuheben. An seinem Geburtstag, dem 24. April, findet in Philadelphia eine Anhörung statt.

Abenteuerliche Vorgänge: 1988 wurde Abu-Jamals Berufung gegen sein Urteil abgeschmettert, unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen Bezirksstaatsanwalts Ronald Castille. 1994 saß derselbe Ron Castille im Pennsylvania Supreme Court und bewirkte, dass die Klage dagegen erneut abgewiesen wurde. Treibende Kraft dahinter war nach wie vor die Polizeibruderschaft *Fraternal Order of Police* (FOP), deren Mitglied der ermordete Polizist 1981 gewesen war. Ein Revisionsrichter, der über sein eigenes Werk als Staatsanwalt urteilt, befangener geht es kaum. Das befand im Jahr 2016 auch der US Supreme Court und ordnete das Neu-Aufrollen des Verfahrens für den Gefangenen Williams an, das jetzt der Präzedenzfall für Mumia Abu-Jamal ist.

Wir drücken alle Daumen, dass Mumia ein endlich Recht bekommt, und gratulieren herzlichst zum Geburtstag!

→Freiheit für Mumia



Foto: Johanna Fernandez

Mumia Abu-Jamal (63), seit 35 Jahren in Haft, Aufnahme von Januar 2017

## Blickfang

## Schön, aber unscharf

**Arno Widmann von der Berliner Zeitung möchte nicht auf zutreffende Weise verdächtigt werden.**

Sonntagabend war ich in der Lindenoper, also im ehemaligen Schillertheater, bei einer Wagner-Gala. Großartig. Aber davon soll nicht die Rede sein. Im Foyer hatte ich eine Frau gesehen, wohl Mitte zwanzig. Sehr zierlich, sehr hübsch, mit einem wundervollen Busen. Das kann ich sagen, weil das Dekolletée nicht ohne Stolz auf diesen Vorzug hinwies. Damit niemand es etwa übersah, war es mit einem Tattoo geschmückt, einem schmalen Schriftzug. Ich konnte ihn auf die Entfernung nicht entziffern. Ich gab meinen Mantel in der Garderobe ab. Als ich mich umdrehte, sah ich die Frau, den Busen, das Tattoo nicht wieder. Das Leben, dachte ich, setzt sich aus lauter Glücksmomenten zusammen.

Als ich mich auf meinen Platz setzte, saß sie neben mir. Ich grüßte. Sie nickte nicht einmal zurück. Vielleicht hatte sie mich aber gar nicht gehört. Ich spreche sehr leise. Aus Schüchternheit oder Wichtigtuerei? Ich bin mir unsicher. Von nun ab gab es zwei Vorstellungen: die vorne auf der Bühne, Szenen aus Tannhäuser, Meistersinger, Lohengrin, Walküre, Parsifal – und die Bewegungen meiner Nachbarin.

Wenn sie mal das linke, mal das rechte Bein über das andere schlug, nahm sie stets ihre Hände zu Hilfe. Jedes Mal berührte sie dabei mei-

nen Arm. Schlag sie das rechte über das linke Bein, wandte sie sich mir zu, und ich konnte ihr Gesicht, ihren Busen und dazwischen das Tattoo sehen.

Tattoo? Nein, lass es kein Tattoo sein! Tattoos sind beschissen, prollig. Sie sieht doch viel zu klug dafür aus. Und viel zu schön sowieso. Sie hat es sich für diesen Abend draufmalen, applizieren lassen, was auch immer. Nur nichts dauerhaftes. Himmerherrgott, kein Tattoo!

Ich sollte sie ansprechen, nach dem Schriftzug fragen. Den kann ich immer noch nicht lesen. Ich bin 70 Jahre alt, habe mir meine Augen lasern lassen und brauche für die Nähe eine Brille. Sie anzusprechen fehlt mir der Mut. Er fehlt mir von Anfang bis Schluss. Fast drei Stunden lang. Je älter ich werde, desto kindisch-schüchterner, verkrampter werde ich. Erst recht fehlt mir der Mut, meine Brille herauszuziehen, sie aufzusetzen, mich ihr hinüberzuneigen und den interessant geschweiften Schriftzug – womöglich ist es aber nur ein Ornament – zu entziffern.

Ich fürchte nicht, dass sie mir eine knallt. Ich fürchte nicht einmal, dass sie sich über mich lustig macht. Ich fürchte, dass sie denkt: ein widerlicher alter, impotenter Lustmolch. Mit anderen Worten: Ich fürchte die Wahrheit.

Zuerst erschienen in der Berliner Zeitung vom 24.3.2017

Presseerklärung des ver.di-Jugend-Bildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V.

## Ende der ver.di-Jugendarbeit in Berlin

Nach 56 Jahren erfolgreicher Jugendbildung wurde am 23. März 2017 Nachmittag die Immobilie Stößerstraße 18, Berlin-Konradshöhe an den Eigentümer, die Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di GmbH übergeben, die unmittelbar danach begann, die Gebäude unbewohnbar machen zu lassen.

Am selben Abend beschloss die Mitgliederversammlung des Trägervereins ver.di-Jugend-Bildungsstätte Berlin-Konradshöhe e.V., bestehend aus haupt- und ehrenamtlichen Mitgliedern der ver.di, die Auflösung des Vereins ohne Gegenstimme.

„Der ver.di-Bundesvorstandsbeschluss zur anderweitigen Verwertung des prächtigen Grundstücks direkt an der Havel hat uns die Grundlage genommen, unsere von vielen Experten sehr geschätzte Jugendbildungsarbeit fortzusetzen.“ So kommentierte der Vereinsvorsitzende Uli Dalibor die Si-

verlieren einen Ort, an dem sie die Gelegenheit hatten, „anzukommen“ und sich in ihrer schwierigen Situation zurechtzufinden. Der Berliner Jugendsektor hatte die Bildungsstätte mit jährlich rund 180.000 Euro unterstützt.

Der Vereinsvorstand bedankt sich herzlich bei den zwölf ehemaligen Beschäftigten der Jugendbildungsstätte und bedauert die Notwendigkeit der Kündigungen. „Sie hatten mit hohem Engagement und viel Knowhow Jugendlichen beim Einstieg in das Berufsleben geholfen und insbesondere



Im Auftrag der Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di GmbH wurde die erfolgreiche ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe unbewohnbar gemacht

eine Prägung von solidarischem Handeln in unserer Gesellschaft vermittelt.“ Entgegen anderslautenden Meldungen, fanden diese Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Gewerkschaft keine Unterstützung bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen und auch nicht bei Fragen des Kündigungsschutzes.

→ver.di-Jugendbildungsstätte

## „... war 'ne Superparty, zu 'nem traurigen Anlass“

Am 31. März 2017 feierten über 100 Kolleginnen und Kollegen aus der Berliner Zeitung und dem Berliner Kurier mit Gästen und Freunden. Sie nahmen Abschied vom Berliner Verlag und sprachen über künftige Aufgaben, tauschten aber auch schöne Erinnerungen aus. Auf dem Dach des Berliner Verlages in der Karl-Liebknecht-Straße gab es noch einen Gruß in die Zukunft.



Foto: Andreas Klug

## Türkei Journalisten im Gefängnis

Von Cornelia Haß

Nicht erst seit der Verhaftung des Welt-Korrespondenten Deniz Yücel sorgen wir uns um die Pressefreiheit in der Türkei und vor allem um unsere türkischen Kolleginnen und Kollegen. 150 von ihnen sitzen im Gefängnis, da können sie nach den Regeln des Ausnahmezustands, der unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan offenbar zum Normalzustand wird, bis zu fünf Jahre ohne Verfahren festgehalten werden.

Deniz Yücel und andere berichten von Einzelhaft, Dunkelheit, katastrophalen hygienischen Bedingungen. Ende Januar haben wir uns mit dem Generalsekretär und dem Präsidenten der türkischen Journalistengewerkschaft TGS, Mustafa Kuleli und Gökhan Durmus, getroffen. Sie waren in Deutschland, um den Willy-Brandt-Preis für besonderen politischen Mut entgegenzunehmen. Sie haben dem stellvertretenden Vorsitzenden der dju in ver.



Cornelia Haß, dju

di, Peter Freitag, und uns berichtet, dass zum einen ihre Hauptsorge der Sicherheit ihrer Mitglieder und ihrer Familien gilt: Aber sie sorgen sich auch um die Informationsfreiheit in ihrem Land, suchen nach Antworten auf die Frage, wie die Türkinnen und Türken noch mit Informationen jenseits der Erdogan-Linie versorgt werden können, nachdem kritische Berichterstattung weitgehend ausgeschaltet wurde.

Wir haben eine Kooperation mit der TGS vereinbart und unterstützen Kolleginnen und Kollegen, die ins Exil nach Deutschland geflohen sind und nun versuchen, sich hier eine neue berufliche Existenz aufzubauen. Ganz konkret schreiten wir zum Beispiel bei den Ausländerbehörden ein, wenn Abschiebungen drohen oder eine Arbeitserlaubnis erstritten werden muss. Landauf, landab finden #freedeniz-Aktionen statt und wohl keine, auf der nicht Kolleginnen und Kollegen der dju in ver.di Flagge zeigen. Darüber hinaus übernehmen wir in mehreren Bundesländern Patenschaften für Inhaftierte, starten Postkartenaktionen und Petitionen.

→dju

## Berliner Ostermarsch 2017



2.500 Ostermarschierer in Berlin-Schöneberg: Wie wunderbar wäre es, wenn wir in Deutschland sagen könnten, wir haben gelernt aus den fatalen Folgen zweier Weltkriege, die von deutschem Boden ausgegangen sind. Deutschland rüstet ab und wir entsagen uns dem internationalen Militär- und Rüstungswahnsinn.

→Friedenskoordination Berlin

„Fünf Minuten starrte ich auf ein Blatt Papier und suchte nach Worten über Frieden. In diesen fünf Minuten wurden fünf Millionen Dollar für Rüstung ausgegeben. Hundertfünfzig Kinder sind am Hunger gestorben - oder an heilbaren Krankheiten. In diesen fünf Minuten meiner Zweifel gab die Welt fünf Millionen Dollar für Rüstung aus, dafür sind 150 Kinder ermordet worden unter völliger Strafflosigkeit für die Täter in diesem Krieg der Kriege. In diesem leisen, in diesem nicht deklarierten Krieg, der von vielen Frieden genannt wird. Was kann ich dann sagen, ohne den wirklichen Frieden zu beleidigen?“



Foto: Art Dingo

Eduardo Galeano (1940-2015) Schriftsteller und Poet aus Uruguay

1 .MAI 2017

DGB

**Wir sind viele.  
Wir sind eins.**

# TAG DER ARBEIT IN BERLIN

**9:00 Uhr:** **Treffen zu den Demos, Auftakt mit Musik**  
Spandauer Straße, Nähe S-Bhf. Hackescher Markt

**10:00 Uhr:** **Start der Demos Hackescher Markt**  
Motorrad-Korso, Fahrrad-Korso, Skating-Demo und  
Demonstrationszug zum Brandenburger Tor

**11:30 Uhr:** Musik-Vorprogramm: Big Band Neukölln  
**Kundgebung Platz des 18. März**  
Begrüßung: Doro Zinke, DGB-Bezirksvorsitzende  
Hauptrede: Elke Hannack, Stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende  
Gastrede: Sakine Esen Yilmaz, Generalsekretärin der türkischen Lehrgewerkschaft

## **Bühnenprogramm mit Live-Musik**

u.a. mit vorwärts-Liederfreunde • Centre Talma • DIE OUTLANDERS  
einig & artig – Die Partyband • DJ Dirk Wöhler – Hits & Charts

**Anschließend bis 20 Uhr:** **Maifest Straße des 17. Juni mit Infomarkt**

**11 bis 19 Uhr:** **Kinder- und Familienfest**  
mit Unterstützung von BSR, BVG, BWB und DB AG  
Hüpfburgen • Spiele • Musik • Essen • Trinken

**Alle Infos:**




**berlin.dgb.de**

DGB Region Berlin, Keithstraße 1-3, 10787 Berlin



## Termine



# FB 8

SeniorInnen vom Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8), Berlin-Brandenburg treffen sich zu den

## Mitgliederversammlungen

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, am

**15. Mai, 11:00 Uhr, Raum 5.12**

„DuMont und nun arbeitslos . . .“, mit der Betriebsratsvorsitzenden des Berliner Verlags, Renate Gensch

**3. Juli, 11:00 Uhr, Raum 3.12**

„Bedingungsloses Grundeinkommen“, mit Ralf Krämer, ver.di-Bundesverwaltung, Bereich Wirtschaftspolitik

# Rentner helfen Rentnern

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

## SGB XII, Grundsicherung bei Altersrente, Sozialhilfe bei Zwangsverrentung, Wohngeld

im ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin.

**Nur nach telefonischer Terminvereinbarung  
unter der Rufnummer 0 30-88 66 41 03**

## Impressum

**Redaktionsanschrift:** „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. E-Mail der Redaktion: diequerkoepp@gmx.de

**Redaktion:** Annemarie Görne, Angelika Kurowski (Korrektur), Anna Schendel, Wolfhard Besser, Kurt Pittelkau, Peter Asmussen (Koordination, Produktion, Schlussredaktion)

**Herausgeber:** SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**V.i.S.d.P.:** Andreas Köhn, Fachbereichsleiter FB 8

Die Zeitung wird von SeniorInnen ehrenamtlich hergestellt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

→Querköpfe-Archiv

 Nr. 3/2017 erscheint im August 2017

# Erwerbslose helfen Erwerbslosen

Informationen und Unterstützung für ver.di-Mitglieder

## SGB II, SGB III, Hilfe bei Sanktionen . . .

(ohne Voranmeldung, aber unter Umständen mit Wartezeit):

Mittwoch, 16:00-18:00 Uhr: ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, Raum E.20

## SGB II, Überprüfung des Bescheides, Anrechnung von Einkommen, Umzugsaufforderung, Widersprüche . . .

Montag und Freitag 14:00-16:00 Uhr: ver.di-MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Dienstag, 10:00-13:00 Uhr und Donnerstag, 14:00-17:00 Uhr: KIEZ-Treff, Mehrower Alle 28-32, 12687 Berlin

Freitag, 14:00-16:00 Uhr: Otawistraße 15, 13351 Berlin

## Zeitenwende 2. Juni 1967

Ausstellung vom 23. Mai bis 22. Juni 2017

Vernissage 23. Mai 2017, 18 Uhr

Vor 50 Jahren, am 2. Juni 1967, starb der Student Benno Ohnesorg durch die Waffe eines West-Berliner Polizisten. Er war mit Hunderten anderer auf die Straße gegangen, um gegen den Schah von Persien, Reza Pahlavi, zu demonstrieren, der an diesem Tag West-Berlin besuchte.

Der 2. Juni 1967 war ein Wendepunkt, eine Zeitenwende. 1967 erscheint bei genauem Hinsehen als Schlüsseljahr, viel mehr als das eigentlich bekanntere 1968. Die MedienGalerie von ver.di zeigt aus Anlass der 50-jährigen Wiederkehr eine Fotoausstellung mit Aufnahmen der damaligen Zeit und ihrer Ereignisse. Es sind Schwarz-weiß-Bilder aus Berliner Archiven, die mehr sagen als lange Erklärungen. Die Aufnahmen des Schahs, empfangen vom Bundespräsidenten, die Bilder von den prügelnden Anhängern des persischen Herrschers und die des toten Studenten sind teilweise in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegangen, teilweise aber völlig unbekannt. →MedienGalerie

## MedienGalerie Berlin

### MedienGalerie Berlin

Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Telefon 0 30-88 66 54 02

www.medien Galerie.org

### Öffnungszeiten:

Mo-Fr 14:00-16:00 Uhr

Di 17:00-19:00 Uhr

Do 14:00-19:00 Uhr